

MACHETE

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

KREISVERBAND KÖLN



Unser Grünes Motto zum CSD 2018:

**ZUSAMMENLEBEN
NEU GESTALTEN**

EDITORIAL

Liebe Freundinnen und Freunde!

Zuerst eine gute Nachricht in eigener Sache: Moritz Rüger unterstützt ab sofort die Mach-et-Redaktion! Moritz, herzlich willkommen und auf gute Zusammenarbeit! Wir freuen uns sehr! Und nun zum vor euch liegenden druckfrischen CSD-Mach-et: Nach der üblichen Seite 3 vom Kreisvorstand steigen wir direkt ein ins queere Geschäft: Auf der Doppelseite 4 und 5 schreibt unser Bundestagsabgeordneter Sven Lehmann was alles noch zu tun ist, damit LSBTTIQ* in Deutschland, Europa und weltweit sicher, gleichberechtigt und frei leben können. Denn die Ehe für alle ist noch nicht alles! Auf Seite 6 lest ihr von der coolen WM-Aktion der LGBTI* Intergroup des Europaparlamentes, und auf Seite 7 stellt sich die Rainbow Refugees Cologne Support Group vor. Seite 8 widmet sich dem Guten Leben und der Essbaren Stadt. Unser global-lokaler Blick geht dieses Mal nach Bayern. Und die GRÜNE JUGEND schreibt vom IDAHOBIT – auch sie findet, dass die Ehe für alle nicht reicht! Auf der Seite 11 findet ihr wie immer Informationen zu zwei Arbeitskreisen: Dieses Mal zum AK Soziales und zum AK Internationales und Europa. Kurznachrichten sind auf den Seiten 12 und 13. Und nicht zu vergessen unsere Machete – mit dem Thema „Kleider machen Leute – aber zum Glück noch keine Menschen“. Alle wichtigen Adressen haben wir auf Seite 15 aufgelistet und Termine auf Seite 16.

Und nun viel Spaß bei der Lektüre – habt einen tollen CSD und einen wunderbaren Sommer!

**Christiane, Frank, Judith, Julia und Moritz
Mach-et-Redaktion**

IMPRESSUM

Die Mach et ist das offizielle Magazin der Kölner GRÜNEN und wird ehrenamtlich erstellt. Sie erscheint viermal im Jahr. Gedruckt auf Recyclingpapier
Auflage 1.800

Versendet mit GOGREEN, dem klimaneutralen Versand der Deutschen Post



Anschrift: Redaktion Mach et, c/o KV-Büro, Ebertplatz 23, 50668 Köln
☎ 0221-9727888

✉ machet@gruenekoeln.de 🌐 www.gruenekoeln.de

V.i.S.d.P.: Jonathan Sieger

Redaktion: Judith Hasselmann, Frank Jablonski, Julia Woller,
Christiane Martin (CvD)

Layout: Dietmar Putscher

Titelbild: Christiane Martin

Druck: Moosdruck, Leverkusen

Preis: 1 €, Mitglieder kostenlos

Die Artikel spiegeln die Meinung der jeweiligen Autorin bzw. des jeweiligen Autors wider und nicht unbedingt die der Redaktion oder von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, KV Köln. Unverlangt eingesandte Manuskripte nehmen wir gerne entgegen. Haftung wird nicht übernommen. Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Beiträge zu kürzen.

INHALT

KREISVERBAND

Bericht des Kreisvorstands 3

QUEER



Sven Lehmann: Auf die Straße mit der Regenbogen-Fahne! 4–5

Die LGBTI* Intergroup des Europaparlamentes: #supportallcolours zur Fußball-WM 2018 6

Rainbow Refugees Welcome 7

GUTES LEBEN

Erdbeeren am Aachener Weiher 8

GRÜNE GLOBAL/LOKAL

GRÜNE in Bayern 9

GRÜNE JUGEND

Die GRÜNE JUGEND beim IDAHOBIT: Ehe für alle reicht uns nicht! 10

ARBEITSKREISE

AK Soziales 11

AK Internationales und Europa 11

KURZ NOTIERT

Nachrichten 12–13

MACHETE

Kleider machen Leute – aber zum Glück noch keine Menschen 14

SERVICE

Adressen 15

Termine 16

Liebe Freundinnen und Freunde,

hinter uns liegen schwere Wochen. Die Affäre um die Besetzung des Geschäftsführerpostens des Stadtwerkekonzern hat auch uns GRÜNE in Köln erschüttert. Diese neue Stelle sollte ausgerechnet durch den SPD-Fraktionsvorsitzenden im Kölner Rat ohne Ausschreibung besetzt werden. An diesem Vorgang haben, neben der CDU und SPD, auch GRÜNE mitgewirkt. Das war ein schwerer Fehler, der Grünen Grundüberzeugungen widerspricht. Wir treten für transparente Besetzungsverfahren ein, in denen die Qualifikation der Bewerber*innen und das Prinzip der Bestenauslese im Mittelpunkt stehen. Wir sind immer – in dieser Stadt und als GRÜNE insgesamt – für einen anderen Politikstil, für Transparenz und Offenheit eingetreten.

Die öffentliche wie innerparteiliche Resonanz auf die „Börschel-Affäre“ war deutlich und das Vorgehen wurde in der Stadtgesellschaft von allen Seiten scharf verurteilt. Wir sind uns einig, dass sich ein solcher „Postenklüngel“ nicht wiederholen darf. Daraus haben wir Konsequenzen gezogen und, als bisher einzige unter den beteiligten Parteien, diese Kritik wirklich ernst genommen. Auch wenn es dringend geboten wäre, dass insbesondere die SPD als der eigentliche Ausgangspunkt ihre eigene Rolle aufarbeiten würde – für uns war es zunächst wichtig, dass wir auf uns schauen. Auf einem Sonder-Delegiertenrat am 5. Mai haben wir mit Euch die Vorgänge ausführlich diskutiert und einen richtungsweisenden Beschluss gefasst. Neben personellen Konsequenzen in unseren eigenen Reihen setzen wir uns u. a. für die Verschärfung der städtischen Transparenz-Richtlinie ein. Diese Diskussion haben wir auf der Kreismitgliederversammlung am 23. Juni fortgeführt. Dort haben wir einen von einer großen Mehrheit verabschiedeten Kompromiss gefunden, der eine Fortsetzung des innerparteilichen Erneuerungsprozesses vorsieht. Wir danken allen Beteiligten für diese zwar kritische, aber auch konstruktive Debatte der letzten Wochen, für die gemeinsam unternommenen Anstrengungen und das Engagement für eine Weiterentwicklung.

Wir GRÜNEN haben aus unseren Fehlern gelernt und Konsequenzen gezogen. Der damit einhergehende Prozess der internen Veränderung wird weitergehen. Jetzt blicken wir aber auch nach vorne: Wir werden für diese Stadt umso entschlossener das machen, was wir am besten können: gemeinsam an einer ökologischen und sozial gerechten Politik arbeiten! Wir werden gemeinsam gegen Diskriminierungen und den allgemeinen Rechtsruck kämpfen. Wir werden gemeinsam die Verkehrswende voranbringen. Und wir werden streiten und ringen um die besten Lösungen für unsere wachsende Stadt.

Und das werden wir mit mittlerweile mehr als 1200 Grünen Mitgliedern in Köln machen. Wir hatten noch nie seit unserer Gründung so viele Grüne Mitglieder in Köln und sind mittlerweile größer als mancher Landesverband. Wir freuen uns auf unsere neuen Mitglieder, eure neuen Ideen und Projekte und eurer Engagement! Wir freuen uns außerdem, Marc Daniel Heintz als neuen Beisitzer im Kreisvorstand begrüßen zu können und wünschen ihm viel Erfolg. Er folgt Pascal Siemens nach, der sein Amt Ende Mai aus beruflichen Gründen niedergelegt hat. Herzlichen Dank, lieber Pascal, für Dein Engagement und alles Gute für die Zukunft!

Wir haben uns auch ansonsten nicht nur Kölner Themen gewidmet: Wir haben zum Beispiel den Aufruf zu einer Demonstration gegen den türkischen Militäreinsatz im syrischen Afrin am 21. März unterstützt. Außerdem haben wir uns mit der Repeal-Kampagne in Irland solidarisiert, deren erfolgreich erreichtes Ziel es war, Schwangerschaftsabbrüche zu entkriminalisieren und ein modernes Schwangerschaftsrecht zu schaffen. Zum 40-jährigen Jubiläum der rheinischen Braunkohleproteste am 29. April haben wir zusammen mit Umweltinitiativen mit einer Fahrraddemo gegen die Mitverursacher des Klimawandels vor den Toren Kölns protestiert. Und zuletzt noch ein Save the date! Nach den Sommerferien laden wir euch ins Alte Pfandhaus zum Sommerfest des Kreisverbandes ein. Haltet euch bitte den 31. August ab 20.00 Uhr frei! Wir werden nicht nur eine Menge Gelegenheiten zum Austausch und ein tolles Musikprogramm haben, sondern konnten auch als Gastredner unseren Bundesvorsitzenden Robert Habeck gewinnen.

Wir wünschen Euch einen zauberhaften Sommer mit viel Sonne, Bio-Eis und einer ordentlichen Portion Entspannung! Man kann ja nicht immer nur Politik machen ...

Euer Kreisvorstand

Katja, Frank, Sandra, Bärbel, Regina, Stefan, Lisa-Marie und Marc Daniel



Foto: Pixabay – CC



Auf die Straße mit der Regenbogen-Fahne!

Seit der Öffnung der Ehe für Paare gleichen Geschlechts in Deutschland ist mancherorts zu hören, dass damit das wesentliche Ziel erreicht und eine politische, queere Bewegung nicht mehr notwendig sei. Das Gegenteil ist aber der Fall. Es gibt noch immer sehr viel zu

tun, damit Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender, Intersexuelle und queere Menschen (LSBTTIQ*) in Deutschland, Europa und weltweit sicher, gleichberechtigt und frei leben können.



Von Sven Lehmann MdB

Mit den emanzipatorischen Errungenschaften für LSBTTIQ* in den letzten Jahren und Jahrzehnten ist jetzt ein neuer gesellschaftlicher Backlash in Gang gekommen. Parteien und gesellschaftliche Gruppen – in Deutschland und international – arbeiten an einer neo-konservativen Gegenbewegung, um die erkämpften Errungenschaften wieder zurückzudrehen. Menschenfeinden wie der „Demo für alle“ geht es zum Beispiel darum, Bildungspläne zu verhindern, die auch die gesellschaftliche Vielfalt abbilden. Sie wollen Homosexualität wieder kriminalisieren und das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper, die eigene Sexualität und die eigene Identität wieder beschneiden. Diese Kräfte rüsten europaweit auf. Sie haben zum Ziel, fortschrittliche Entwicklungen zu bremsen und stattdessen autoritäre und patriarchale Wertevorstellungen wieder salonfähig zu machen. Am Ende wenden sie sich gegen alle, die in offenen und freien Gesellschaften leben wollen. Und deswegen ist der Kampf für die Rechte von LSBTTIQ* auch der für eine offene, demokratische Gesellschaft insgesamt.

Wir GRÜNEN lassen uns von den Bestrebungen der Rechten weder einschüchtern noch in unserem Kampf für gleiche Rechte und gleiche Würde und der Arbeit für eine progressive Politik aufhalten. **Die queere Community kann sich auf uns verlassen!**

Jetzt erst recht braucht es breite Bündnisse und politischen Druck. Wir werden hier auch in Zukunft auf allen Ebenen nicht lockerlassen:

- Das jetzige **Transsexuellengesetz** ist eine einzige Menschenrechtsverletzung. Denn es zwingt Menschen, sich als psychisch krank diagnostizieren zu lassen, um ihren Personenstand oder ihre körperlichen Merkmale ihrem eigentlichen Geschlecht angleichen zu können. Wir wollen es durch ein Gesetz zur Anerkennung der selbstbestimmten Geschlechtsidentität mit einfachen Verfahren zur Änderung des Vornamens und Berichtigung des Geschlechtseintrags und ohne psychiatrische Begutachtung ersetzen. Dazu gehört auch die Umsetzung des Verfassungsgerichtsurteils zur „Dritten Option“. Wir brauchen einen weiteren, positiven Geschlechtseintrag jenseits von „männlich“ und „weiblich“, der nicht diskriminierend ist. Operationen zur sogenannten „Geschlechtsanpassung und -zuweisung“ an intergeschlechtlichen Säuglingen

und Kindern ohne medizinische Indikation müssen grundsätzlich verboten werden.

- Wir wollen, dass **Regenbogenfamilien** gleiche Rechte und gleiche Anerkennung bekommen. Dies schließt den Zugang zu reproduktionsmedizinischen Maßnahmen ein. Das unwürdige Verfahren der Stiefkindadoption für lesbische Mütter muss überwunden und ein modernes Abstammungsrecht geschaffen werden. Wir wollen Mehrelternkonstellationen rechtlich absichern und ermöglichen, dass sich mehr als zwei Elternteile bereits vor der Familienplanung gemeinsam und verbindlich zum Wohle des Kindes auf geteilte Sorge und gemeinsame Rechte und Pflichten verständigen können.
- Homo- und Transfeindlichkeit hat keinen Platz in einer demokratischen



Foto: Cornelia Gollhardt



Sven Lehmann, Claudia Roth und Berivan Aymaz auf dem Paradowagen der Kölner GRÜNEN beim CSD 2015

Gesellschaft. Wir fordern einen **nationalen Aktionsplan** für Vielfalt und gegen Homo- und Transfeindlichkeit. Die Bundesregierung muss diesen im Dialog mit den Initiativen der Community sowie mit gesellschaftlichen Gruppen wie Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Sport- und Wirtschaftsverbänden erarbeiten. Der Aktionsplan muss Zielvereinbarungen und belastbare Selbstverpflichtungen der Bundesverwaltung sowie Zeit- und Arbeitspläne zur Umsetzung der Maßnahmen enthalten. Zur Umsetzung der Maßnahmen müssen angemessene Haushaltsmittel, auch für notwendige strukturelle und finanzielle Ausstattung der einbezogenen zivilgesellschaftlichen Organisationen bereitgestellt werden. Auf Landesebene fordern wir die konsequente Fortschreibung, Umsetzung und Weiterentwicklung des NRW-Aktionsplans.

- Der **Schutz vor Diskriminierung** muss vorangetrieben werden. Artikel 3 des Grundgesetzes muss um die Merkmale der sexuellen und geschlechtlichen Identität ergänzt werden. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) muss weiterentwickelt und insbesondere der Rechtsschutz für Betroffene gestärkt werden. Wir brauchen ein echtes Verbandsklagerecht, wonach Antidiskriminierungsverbände über die bisherigen gesetzlichen Möglichkeiten hinaus stellvertretend für die Betroffenen klagen können.

Die Ausnahmen vom AGG für die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften müssen auf den Kernbereich der Glaubensverkündigung begrenzt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Antidiskriminierungsstelle des Bundes finanziell besser ausgestattet wird, um ihren gesetzlichen Aufgaben gerecht zu werden. Pseudotherapien zur ‚Heilung‘ von Jugendlichen von Homosexualität müssen verboten werden. Wir setzen uns auch auf Landesebene für ein wirksames Antidiskriminierungsgesetz und eine Landesantidiskriminierungsstelle ein.

- Wir fordern eine systematische Erfassung homo- und transfeindlicher Straftaten wie **Hasskriminalität** und eine entsprechende Präventionsarbeit bei Polizei, Justiz und Sozialarbeit. Opferberatungsstrukturen müssen finanziell besser ausgestattet werden.
- Die Entschädigungsregelungen für die **Opfer der staatlichen Homosexuellenverfolgung** nach 1945 müssen ergänzt werden um einen Fonds für diejenigen, die wegen eines Ermittlungs- und Strafverfahrens Schaden an Körper, Gesundheit, Freiheit, Eigentum, Vermögen, in ihrem beruflichen oder wirtschaftlichen Leben erlitten haben. Die Verfolgung, Diskriminierung und gesellschaftliche Ausgrenzung von LSBTTIQ* muss wissenschaftlich aufgearbeitet werden.

- Die **gesundheitliche und soziale Situation** der LSBTTIQ* muss in einer gemeinsamen Kraftanstrengung verbessert werden. Eine erhöhte Suizidalität, gerade unter Jugendlichen, ist leider Realität – ebenso wie psychische Erkrankungen wie Depression oder Sucht. Dazu sind auch flächendeckende und gut ausgestattete Beratungseinrichtungen, einschließlich queerer Jugendzentren, die LSBTTIQ* in der Phase des Coming Outs und danach unterstützen, notwendig. Gleichmaßen wollen wir die Arbeit von und für ältere LSBTTIQ* stärken.

- **Menschenrechte** von LSBTTIQ* müssen integraler Bestandteil der Außenpolitik und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sein. Deutsche Menschenrechtspolitik muss eine klare Position beziehen gegenüber Ländern, die Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter* verletzen. Wir werden Menschenrechtsverteidiger*innen in diesen Ländern aktiv stärken. Wir lehnen es strikt ab, Länder als sogenannte „sichere Herkunftsländer“ zu deklarieren, in denen LSBTTIQ* Gefahr an Leib und Leben droht, wie es derzeit für die Maghreb-Länder Algerien, Marokko und Tunesien geplant ist.

- Gegen den **Backlash in Europa** unterstützen wir die Zivilgesellschaft in beispielsweise Polen oder Ungarn, wo die Regierungen NGOs, die sich für Menschenrechte und LSBTTIQ* einsetzen, in ihrer Arbeit behindern. Wir fordern deswegen im Rahmen des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens der EU einen Grundrechte-Fonds, der gezielt diejenigen stärkt, die unsere Grundrechte verteidigen. Zu diesen Grundrechten gehören beispielsweise die Versammlungsfreiheit in Form von Prides oder die Meinungsfreiheit, die durch Anti-Propaganda-Gesetzgebungen derzeit in mehreren EU-Mitgliedsstaaten eingeschränkt wird. Wir unterstützen die Forderungen des Europäischen Parlamentes, die Antidiskriminierungsrichtlinie im Rat endlich anzunehmen, die Bewegungsfreiheit von LSBTTIQ* und gleichgeschlechtlichen Paaren in der EU zu garantieren, Bildungsarbeit gegen LSBTTIQ*-Hass zu fördern und sowohl die Operationen von Intersex-Personen wie auch Konversionstherapien abzulehnen.



THE EUROPEAN PARLIAMENT'S
INTERGROUP ON
LGBT RIGHTS 

Die LGBTI* Intergroup des Europaparlamentes: #supportallcolours zur Fußball-WM 2018

Pünktlich zum Start der diesjährigen Fußball-Weltmeisterschaft in Russland hat die LGBTI* Intergroup des Europäischen Parlaments unter Federführung von Terry Reintke ordentlich für Wirbel gesorgt. In einer Pressekonferenz hat sie Regenbogenschnürsenkel an alle europäischen Teams geschickt, die an der WM in Russland teilnehmen.

Von Julia Woller

Mit der Aktion #supportallcolours macht die Intergroup die Spieler in einem Brief auf die Menschenrechtsverletzungen in Russland aufmerksam und fordert sie auf, durch das Tragen der Schnürsenkel ihre Solidarität mit LGBTI* und Minderheiten in Russland auszudrücken. Dazu soll der Hashtag #supportallcolours genutzt werden. Die LGBTI*-Organisationen in Russland sind informiert und freuen sich riesig über den Support.

In dem mehrfach übersetzten Brief heißt es: „Dieses Jahr findet die WM in Russland statt. Die Wahl Russlands als Gastgeberland eines der größten internationalen Sportereignisse ist umstritten. Manche vertreten den Standpunkt, ein Sportevent sei per se unpolitisch. Andere rufen zum Boykott auf, wenn im Gastgeberland demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien unterwandert werden.“

Als Fußballfans freuen wir uns auf faire, spannende Spiele, können aber als Vertre-



Terry Reintke (vorn rechts) mit Mitgliedern der LGBTI* Intergroup



ter*innen der LGBTI* Intergroup im Europäischen Parlament zur politischen Situation in Russland nicht schweigen.

Unter Putins Regime hat Russland einen Backlash erlebt: Demokratie und Transparenz, Presse- und Meinungsfreiheit, Menschenrechte und die Rechte von Minderheiten werden angegriffen. Die LGBTI*-Community in Russland ist Diskriminierungen und Verfolgung ausgesetzt. In vielen Regionen Russlands verbietet ein sogenanntes Anti-Propaganda-Gesetz bei-

spielsweise Information und Aufklärung über nicht traditionelle Arten des Zusammenlebens für Minderjährige, teilweise sogar für Erwachsene. Dieses Gesetz hat zum Verbot von Demonstrationen geführt und die Debatte um die Rechte von LGBTI* aus dem öffentlichen Raum verdrängt.

Wir glauben, dass die Fußballweltmeisterschaft ein Anlass sein kann, und muss, auf diese Entwicklungen aufmerksam zu machen und Solidarität zu zeigen mit allen in Russland, die Menschenrechte verteidigen. Regenbogenflagge zu zeigen ist nicht strafbar und wird auch in Russland während der WM nicht verfolgt.

Daher bitten wir Sie: Bekennen sie Regenbogen-Farbe, zeigen Sie Solidarität mit Menschenrechtler*innen in Russland! Tragen Sie die beigelegten Regenbogen-Schnürsenkel beim Training, auf der Straße, auf der Tribüne oder zu Hause beim Fußballgucken. Machen Sie ein Foto und teilen Sie es auf Instagram, Twitter oder Facebook unter dem Hashtag #supportallcolours.

Vielen Dank fürs Mitmachen und vor allem: Viel Erfolg bei den anstehenden Spielen!“

Im Europäischen Parlament gibt es 28 Intergroups.

Intergroups sind fraktionsübergreifende Gruppen zu verschiedenen Schwerpunktthemen. Die LGBTI Intergroup ist die größte interfraktionelle Gruppe im Europäischen Parlament und umfasst mehr als 150 Mitglieder. Ihr Ziel ist es, die Grundrechte von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transgener und intersexuellen Menschen zu bewahren und befördern. Die Mitglieder haben grundsätzlich eine positive Haltung zu LGBTI-Themen im Parlament, zum Beispiel wenn sie Berichte oder Änderungsanträge verfassen, im Parlament abstimmen oder auch in ihrer Wahlkreisarbeit. Das Präsidium der LGBTI Intergroup besteht aus insgesamt sieben Personen: Zwei Präsident*innen mit Sprecher*innenfunktion und fünf Vizepräsident*innen. Unsere Grüne Europaabgeordnete Terry Reintke bildet gemeinsam mit dem italienischen Abgeord-

neten Daniele Viotti die Präsidentschaft. Die Aufgabe der Intergroup besteht darin, die Arbeit des Europäischen Parlamentes zu kontrollieren hinsichtlich der Situation von LGBTI*-Menschen in den Mitgliedsstaaten und darüber hinaus. Auch die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen ist eine essenzielle Aufgabe, um deren Belange auf die europäische Ebene zu bringen.

Die Intergroup hat sich fünf Prioritäten gesetzt, die maßgeblich für ihre Arbeit sind: Die Freizügigkeit für LGBTI-Menschen (im Sinne von Bewegungsfreiheit), die Beobachtung und Kontrolle der Europäischen Kommission, die Bekämpfung von Diskriminierung in der Europäischen Union, die Sicherstellung von Transgender- und Intersex-Rechten und die Beobachtung und Kontrolle der Menschenrechte innerhalb der Arbeit der Europäischen Union.



Rainbow Refugees Welcome

Sommer 2015: Viele Menschen schaffen die Flucht nach Europa, nach Deutschland. Die Flucht vor Krieg, Gewalt, politischer Verfolgung, Gewalt gegen Frauen und Andersgläubige oder Nichtgläubige. Und vor Homo- und Transphobie. Der Verein Rainbow Refugees Cologne Support Group bietet geflüchteten LGBTIQ*-Menschen Hilfe.

Von Sina Vogt, Vorstand der Rainbow Refugees Cologne Support Group

In Köln gibt es schon viele Jahre länger den Treff „Baraka“, für LGBTIQ*-Menschen mit Migrationshintergrund. Ein offener Treff in der Beratungsstelle Rubicon. Von Anfang an kamen hierhin Geflüchtete, um Unterstützung zu suchen, andere LGBTIQ*-Menschen kennenzulernen, zu reden und zu feiern. Als 2015 jede Woche unzählige viele neue Menschen ankamen, riefen Mitarbeiter*innen von „Baraka“ die Community zur Unterstützung auf. Ende 2015 fand dann das erste Treffen der Rainbow Refugees Cologne Support Group e. V. in den Räumen vom Rom e. V. statt. Geflüchtete werden seitdem von den Unterstützer*innen zu Ämtern begleitet, man trifft sich zum Deutschlernen und verbringt gemeinsam die Freizeit. Der Alltag der Geflüchteten ist trotzdem vor allem von zwei Schwierigkeiten bestimmt: Die Sorge ums Bleiberecht, so sie keine Kriegsflüchtlinge aus Syrien sind, die zu einem bestimmten Zeitpunkt nach Deutschland kamen. Und die Sorge um körperliche Unversehrtheit, da sie schon in den Heimatländern unter homophober Diskriminierung und



Vorstand der Rainbow Refugees Cologne Support Group e. V.: Peter Stamm, Katja Schröder, Sina Vogt (v.l.n.r.)

Gewalt zu leiden hatten, die sich auch in Deutschland, in den Unterkünften sowie auf der Straße fortsetzte.

Die queeren Geflüchteten stehen immer noch ihren ganz eigenen Herausforderungen gegenüber. Eines der akutesten Probleme ist deshalb der Zugang zu sicherem Wohnraum. Für LGBTIQ*-Geflüchtete mit Aufenthaltsstatus in Köln hat die Stadt inzwischen – nicht zuletzt auf Druck der Rainbow Refugees, gemeinsam mit Rubicon e. V., der AIDS-Hilfe und dem SKM – einige Wohneinheiten zur Verfügung gestellt. Doch nach wie vor bedarf es immer wieder der Vermittlung von Notschlafplätzen nach homophoben Übergriffen oder Bedrohungen durch die Familie.

Auch Widersprüche gegen abgelehnte Asylbescheide bleiben traurige Alltagsrealität. Denn deutsche Entscheider meinen immer noch, dass zum Beispiel Lesben in Marokko ihre Homosexualität dort einfach verbergen könnten. Was an und für sich schon infam ist, dazu kommt, dass der marokkanische Minister für Menschenrechte sich zu Wort meldete und Homosexuelle als „awsakh“ (arabisch für Müll, Dreck oder Abschaum) beschimpfte.

Von Anfang an bestand deshalb eine enge Zusammenarbeit mit dem Kölner Flüchtlingsrat und der Beratungsstelle Rubicon e. V., die Asylverfahrensberatung speziell für LSBTIQ* anbieten.

Es gibt auch Erfolge vorzuweisen. Mit anderen Projekten wie der Fachstelle Queere Jugend NRW beim Schwulen Netzwerk werden Projekte direkt für Geflüchtete angeboten. Mit dem Jugendzentrum „Anyway“ und den Rainbow Refugees konnte Ibrahim Mokdad, selbst Überlebender eines homophoben Mordanschlags in seinem Heimatland Libanon, das Projekt „sofra“ (arabisch für Esstisch) aufbauen und bis heute erfolgreich durchführen. Hier kommen einmal im Monat LGBTIQ*-Geflüchtete und Interessierte zusammen, um gemeinsam zu kochen und zu essen. Der schwule Aktivist Anbid Zaman musste vor einigen Jahren aus Bangladesch vor den Todesdrohungen der Al Qaeda Indian Subcontinent fliehen. Heute ist er Mitglied der Rainbow Refugees und war zuletzt mit dem Grünen Bundestagsabgeordneten Sven Lehmann in Berlin: „Es bleibt weltweit, auch in Deutschland, noch viel zu tun. Danke an all die Unterstützer*innen – ich habe eine zweite Heimat im Exil gefunden: Home is where the dome is!“, sagt er. Und auch die Lesbe aus Marokko hat im zweiten Anlauf ein Bleiberecht erhalten.

Aber es bleibt weiterhin viel zu tun und Mitstreiter*innen für die Integration sind immer willkommen! Wenn Ihr den Rainbow Refugees Cologne Support Group e. V. unterstützen wollt, meldet euch gerne jederzeit unter **info@rainbow-refugees.cologne.**



Ibrahim Mokdad beim CSD 2016

Erdbeeren am Aachener Weiher

Klimawandel, Finanzkrisen und Kriege drängen zur Suche nach Alternativen zum derzeitigen Produktions- und Konsummodell. Kann es eine solidarischere Welt ohne Wachstumszwang und mit Glück und gutem Leben für alle geben? Vielleicht ja, wenn wir den Weg der Suffizienz gehen, also des Maßhaltens. Eine ökologische Transformation unserer lokalen Lebensverhältnisse ist ein Anfang – zum Beispiel in einer Essbaren Stadt. Frank Jablonski beschreibt, was das ist und ob das auch in Köln geht.

Die kleine Stadt Andernach macht es seit einigen Jahren vor: Bürgerinnen und Bürger pflanzen, hegen und pflegen in der ganzen Stadt in öffentlichen Grünflächen Erdbeeren, Apfelbäume, Tomaten, Rosmarin und alle anderen möglichen essbaren Pflanzen. Die „Essbare Stadt Andernach“ wurde gemeinsam mit der Stadt entwickelt, die die Stadtgärtner*innen auch auf allen Ebenen unterstützte. Das innovative Konzept erregte europaweit Aufmerksamkeit und wurde zahllose Male ausgezeichnet. Was in einer kleinen Gemeinde funktioniert, kann auch in einer Großstadt klappen, dachten sich die GRÜNEN in Berlin-Kreuzberg und starteten das „Essbare Kreuzberg“.

Nach diesen Pilotprojekten kam die essbare Stadt 2014 auch in der Kölner Kommunalpolitik an. Die GRÜNEN in der



Bezirksvertretung Ehrenfeld stellten einen Antrag zum „Essbaren Ehrenfeld“, welcher einstimmig beschlossen wurde. Und nachdem acht von neun Bezirksvertretungen den Antrag nahezu identisch übernommen hatten, erklärte sich der Rat der Stadt Köln für das Thema zuständig. Anfang 2016 fasste schließlich der Ausschuss für Umwelt und Grün einen Beschluss zur „Essbaren Stadt“, in dem er die Verwaltung beauftragte „bei der Neuanlage von Grünanlagen und der Gestaltung von Freiflächen die Anpflanzung von essbaren Pflanzen zu berücksichtigen“.

Von der Allmende zum Urban Gardening

Die Idee, Lebensmittel in Städten anzubauen, gibt es schon seit Urzeiten. Im Mittelalter entstanden überall in Europa Allmenden, also landwirtschaftliche Nutzflächen, die in Gemeinschaftsbesitz waren. Alle halfen mit, die Obstwiesen, Felder und Äcker zu bewirtschaften und jede*r konnte von der Ernte profitieren.

In dieser Tradition steht auch die Essbare Stadt, allerdings sind heute, neben der reinen Erzeugung von Lebensmitteln, noch andere Aspekte hinzugekommen. Die Essbare Stadt soll die Vielfalt der Pflanzen- und Tierarten in der Stadt erhöhen, alte regionale Pflanzenarten bewahren und gleichzeitig Stadtkindern zeigen, wo ihre Nahrung eigentlich herkommt.

Aktionsplan Essbare Stadt

Darauf legen auch die Agora Köln und der Ernährungsrat, die Hauptakteur*innen des kürzlich verabschiedeten „Aktionsplans Essbare Stadt“ großen Wert. Dieser fasst nicht nur die verschiedenen Akteur*innen und Möglichkeiten von nachhaltiger Nahrungsmittelproduktion zusammen, sondern stellt auch konkrete Ziele von essbarem öffentlichem Grün in Köln vor. Es sollen „Essbare Veedelsplätze“, Wildwiesen und Streuobstwiesen entstehen und auch bei begrünten Dachflächen, vertikaler Begrünung und Flächenentsiegelung sollen essbare Nutzpflanzen verstärkt berücksichtigt werden.

Es darf auch nicht verschwiegen werden, dass Teile der Stadtverwaltung die Essbare Stadt anfangs massiv abgelehnt haben. Das Konzept wurde als Luftschloss und nicht praktikable Spinnerei verunglimpft. Den Akteur*innen wurde unterstellt, dass sie Kartoffeln im Volksgarten oder Erdbeeren am Aachener Weiher anpflanzen wollten. Mittlerweile hat aber auch die Verwaltung begriffen, dass es Schlimmeres gibt, als Menschen, die Verantwortung für ihre Stadt und die städtischen Grünflächen übernehmen wollen. Die Essbare Stadt wächst und gedeiht und vielleicht werden wir alle in einigen Jahren die Früchte davon ernten. Mit einer gesünderen, nachhaltigeren und gemeinschaftlicheren Stadt. Und vielleicht mit Erdbeeren am Aachener Weiher.

Wer Informationen zu dem Thema sucht, findet sie zum Beispiel auf der Internetseite der Agora (www.agorakoeln.de/projekte/essbare-stadt/) oder des Ernährungsrates (ernaehrungsrat-koeln.de/)



Foto: Pixabay/WirelaSt

GRÜNE in Bayern

Die GRÜNEN in Deutschland, Europa und der Welt sind das Thema unserer Rubrik „GRÜNE global/lokal“. Wir stellen euch an dieser Stelle außergewöhnliche Orts-, Kreis-, Landesverbände, Grüne Parteien und Bewegungen in Europa und der Welt vor: dieses Mal die GRÜNEN in Bayern.

Von Judith Hasselmann

Das Spitzenduo für die Landtagswahl im Herbst 2018 in Bayern wurde Anfang des Jahres per Urwahl von den Grünen Mitgliedern gewählt. Sie haben sich damit für ein frisches, aber eingespieltes Team entschieden. **Katharina Schulze** (33) und **Ludwig Hartmann** (39) verkörpern ein neues, modernes Bayern. Zusammen werden sie bis zum 14. Oktober für ein starkes Grünes Ergebnis bei den Landtagswahlen kämpfen. Bisher stehen die bayrischen GRÜNEN in den Umfragen mit 14 Prozent sehr gut da.

Sie hat einen Youtube-Kanal, hat bei der GRÜNEN JUGEND unter anderem gelernt, Transpis für Demos zu malen, aber auch wie ziviler Widerstand organisiert werden kann und wie frau sich den Rechten entgegenstellt. Sie war ganz vorne dabei bei NOLYMPIA und jetzt beim Bürgerentscheid zur 3. Startbahn am Münchner Flughafen ebenfalls. Sie hat in der bayerischen Hauptstadt und in Kalifornien studiert. Seit 2013 gehört sie dem Landtag in Bayern an und seit Anfang 2017 sogar als Fraktionsvorsitzende. Um runter zu kommen, macht sie ihr Handy aus und setzt sich an den Ammersee, isst gerne viel Eis und hört Musik von Blumentopf.

Er war sieben, als Tschernobyl explodierte, seine halbe Familie war bei den GRÜNEN aktiv. Aber der eigentliche Auslöser in die Politik zu gehen, war die drohende Abschiebung einer kurdischen Flüchtlingsfamilie. Er organisierte als 16-Jähriger eine spontane Demo vor dem Innenministerium in München – und vergaß, sie anzumelden. Wegen Verstoßes gegen das Versammlungsrecht musste er Sozialdienst leisten. Und wurde dann Vorsitzender der GRÜNEN JUGEND in



Das Spitzenduo zur Landtagswahl 2018 in Bayern: Katharina Schulze und Ludwig Hartmann.

Bayern, jüngster Stadtrat in Landsberg und Landtagskandidat. 2008 schaffte er den Sprung in den Landtag, nachdem er sein Studium in Kommunikationsdesign beendet hatte. Sein Herzensthema ist die Energiewende. Unterwegs im Wahlkampf lässt er sich von der DLRG retten, lernt wie man gutes bayerisches Bier braut und besucht die Bienen in Augsburg, die gerade von Hobbyimker Peter Rauscher lernen, wie sie ihre Produktion auf Bio umstellen.

Diese beiden können Umwelt, sie kämpfen nicht nur gegen den Flächenfraß oder den Rechtsruck in unserer Gesellschaft, sondern sie wollen Verantwortung übernehmen für ein ökologisches, sozialeres, aufstrebendes Bayern. Ihre Heimat ist das Grundgesetz und Kreuze finden beide in Kirchen am richtigen Platz und nicht in Ämtern.

Und sie wollen im Herbst die absolute Mehrheit der CSU im Landtag brechen. Einem Parteibeschluss im Mai zufolge, stünden sie theoretisch auch für eine Koalition mit Söder parat. Der braucht sie aber gar nicht für seine Mehrheit und er hat zudem eine Zusammenarbeit ausgeschlossen. Allerdings hätten auch viele Grüne Mitglieder Probleme mit der CSU. Ein Delegierter postulierte dann auch in einer Rede, dass ihm die Fan-

tasie oder die richtige Droge fehle, um sich eine Koalition mit Söder vorzustellen. Und ein Thema spielte bei seinem Unbehagen eine ganz besondere Rolle: Das im Mai durch den Landtag gepeitschte neu gefasste Polizeiaufgabengesetz (PAG). Wie schon bei der ersten Novellierung des PAG werden GRÜNE auch gegen diese überzogene Ausdehnung der Polizeibefugnisse vor den Bayerischen Verfassungsgerichtshof ziehen. Katharina Schulze hat die Klage schon eingereicht. Denn die neue Kategorie „drohende Gefahr“ weitet die Befugnisse der Polizei enorm aus: Sie kann leichter in die Privatsphäre eindringen und E-Mail-Verkehr überwachen oder Online-Durchsuchungen bei bloßem Verdacht durchführen. GRÜNE kämpfen mit der Klage gegen diese Vernachlässigung der Verteidigung der Bürger*innenrechte! Die anstehenden Termine dazu findet ihr auf www.gruene-nrw.de **#NoPAG**

Wir drücken den GRÜNEN in Bayern für Oktober die Daumen!
#einsatzfuerBayern

Die GRÜNE JUGEND beim IDAHOBIT:



Ehe für alle reicht uns nicht!

Von Henrik Voigt

Am 17. Mai war der Internationale Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie (durchaus nicht in Anlehnung an Tolkien'sche Werke kurz IDAHOBIT genannt). Wir haben das zum Anlass genommen, am Vormittag mit unserer Europaabgeordneten Terry Reintke eine Kundgebung in der Kölner Innenstadt abzuhalten, Flyer zu verteilen und besonders engagierte Passant*innen für eine Fotoaktion vor unsere Kamera zu locken. Auf die erste Erkenntnis, dass der Wallrafplatz vor 11 Uhr keine geeignete Location ist, um sich Gehör für wichtige politische Themen zu verschaffen, folgte bald die Einsicht, dass die Staatsgewalt auch mit liebenswerten Jung-GRÜNEN kein Erbarmen hat, wenn diese unerlaubterweise auf die Domplatte ausweichen. Letztlich haben wir uns aber auch auf dem Wallrafplatz Aufmerksamkeit verschaffen können und sogar andere Menschen dafür gewonnen, auf queer-bezogene gesellschaftliche Missstände und queerpolitische Forderungen hinzuweisen – und auf Glitzer... Wir hoffen, mit einer solchen Aktion, der seit dem 30. Juni letzten Jahres möglicherweise aufkommenden Einstellung, nach der Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe müsse man sich mit Queerpolitik nicht mehr auseinandersetzen, entgegenzuwirken. Vieles ist eben noch nicht so, wie wir uns das vorstellen.

Das aktuellste Thema ist wohl die Frage nach der Ausgestaltung nicht binärer Geschlechtseinträge, schließlich muss hier bis Jahresende auf Druck des Bundesverfassungsgerichts eine Regelung vorliegen. Wie genau die dann aussieht, ist allerdings noch unklar. Für uns ist aber klar, dass eine Regelung, die Inter-Personen das nicht gerade schmeichelhafte Label „anders“ zugesteht



Eintreten für queere Rechte beim IDAHOBIT 2018 – Aktion mit Terry Reintke (zweite von links) in der Kölner Innenstadt

und Trans-Menschen überhaupt nicht berücksichtigt, nicht ausreichend sein kann. Ein Einbezug der Menschen, die es betrifft, ist für uns unerlässlich, um eine Regelung zu finden, die ihrer Situation gerecht wird. Diese sollte (sofern auf den Geschlechtseintrag nicht ganz verzichtet wird) mehr als vier Optionen enthalten.

Auch das Transsexuellengesetz muss dringend reformiert bzw. ersetzt werden. Wir (und nicht nur wir!) sind der Überzeugung, dass es für die Vornamen- und Personenstandsänderung weder die Pflicht zur Vorlage teilweise tief in die Privatsphäre eindringender Gutachten braucht, noch eine Gerichtsverhandlung dazu zweckdienlich ist. Zudem sollte die Leistungspflicht der Krankenkassen bezüglich geschlechtsangleichender Maßnahmen gesetzlich verankert werden.

Ein Operationsverbot an intersexuellen Kindern ist zwar schon Teil des schwarz-roten Koalitionsvertrags, aber dass das alleine noch nicht dessen Umsetzung in naher Zukunft bedeutet, hat uns das Beispiel der gleichgeschlechtlichen Ehe gezeigt. Gesellschaftlicher Druck muss also weiter aufrechterhalten werden.

Bildungspläne in allen Bundesländern, die Schüler*innen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt nahebringen und Diskriminierung vorbeugen, sind genauso wichtig wie finanzielle Unterstützung für Aufklärungs- und Hilfsprojekte in Bezug auf queere Menschen.

Auch die Entschädigung der Opfer von § 175 oder Geschädigter von genitalangleichender Operationen, eine Ergänzung des Diskriminierungsverbots in Art. 3 GG um die Merkmale sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität und vieles weitere muss noch politisch angegangen werden.

Uns ist klar, dass sich nicht alles politisch lösen lässt, auch gesellschaftlich muss sich noch viel verändern, um queeren Menschen das Leben zu erleichtern und ihre Sichtbarkeit zu stärken. Aber wir müssen unmissverständlich deutlich machen, dass die Legislative weiterhin in der Pflicht ist, sich um die Belange der Queeren zu kümmern, und dass die Ausweitung der Ehe auf Lesben und Schwule zwar ein wichtiger Schritt war, aber auch einer, auf den noch viele weitere folgen müssen. Oder ein wenig özdemisiert formuliert: Es gibt viel zu tun, lasst uns des zusammen anpacken!

Wir treffen uns jeden
Mittwoch, 19 Uhr,
im Grünen Zentrum
(Ebertplatz 23)
Schau einfach vorbei!
kontakt@gruene-
jugend-Koeln.de
Twitter: @gjkoln

AK **AK Soziales****Von A wie Arbeitslosigkeit bis Z für Zuwanderung**Von **Marion Heuser**

Die Themen des Fraktionsarbeitskreises Soziales resultieren aus den vielfältigen Aufgaben, die der Ausschuss Soziales und Senioren der Stadt Köln als Entscheidungs- und Beratungsgremium in kommunalen Fragen hat. Inhalte betreffen z. B. die Bereiche Interkulturelles und Geflüchtete, Diversity, soziale Einrichtungen, sozialer Wohnungsbau und dessen Förderung, soziale Hilfen und Leistungen nach SGB II und XII, Gemeinwesenarbeit und Beschäftigungsförderung. So haben wir in einer der aktuellen Sitzungen ein Konzept zur Nachbetreuung von Geflüchteten in eigenem Wohnraum diskutiert. Hier interessierte uns das Ziel und ob es bereits Angebote gibt, die Teile der Aufgabenstellung erfüllen. Das vielfältige soziale Netz wollen wir

unbedingt erhalten und ggf. ausweiten, aber auch Doppelstrukturen angesichts begrenzter Budgets vermeiden.

Eine nachhaltige sowie wirkungs- und ressourcenorientierte Sozialplanung ist eines der Ziele, die der von uns initiierte Ratsantrag zur Erstellung eines Kölner Lebenslagenberichts vom Februar 2017 beinhaltet. Die Verwaltung hat uns im März 2018 den Umsetzungsstand des Antrages vorgestellt. Ebenso erwarten wir noch die Darstellung der Umsetzung unseres Ratsantrags (Nov. 2017) zur Schaffung eines kommunalen Beschäftigungsförderungsprogramms.

In den nächsten Wochen beschäftigen wir uns mit den Haushaltsplanberatungen 2019 und unserer Schwerpunktsetzung für den kommenden Haushalt wie



z. B. die Integration von Geflüchteten und die Zweckentfremdung von Wohnraum durch Vermietung von Ferienwohnungen. Weiterhin wird gemeinsam mit dem AK Frauen- und Mädchenpolitik ein Konzept zum Thema wohnungslose Frauen diskutiert. Auch hier geht es darum, welche Angebote bereits existieren und welchen Bedarf es noch gibt.

Kontakt: marion.heuser@stadt-koeln.de (sozialpolitische Sprecherin) und alexandra.ehltling@stadt-koeln.de (Fraktionsreferentin)

AK **AK Internationales und Europa****Auf neuem Kurs**Von **Jonathan Sieger**

Der traditionsreiche Arbeitskreis Internationales und Europapolitik ist in einer spannenden Umbruchphase. In den letzten Monaten war es um den Arbeitskreis ruhiger geworden und es ist insbesondere dem Engagement von Martin Bachmann zu verdanken, dass der Arbeitskreis in einer schwierigen Zeit am Leben erhalten wurde. Dafür ein großes Dankeschön an Martin.

Gerade im Hinblick auf die Europawahl 2019 braucht es wieder einen schlagkräftigen Arbeitskreis, der von Köln aus wichtige Impulse für die internationale und europäische Ausrichtung Grüner Politik setzt. Deswegen gab es am 29. April 2018 die erste Auftaktveranstaltung zur Neuaufstellung des AKs. Bei dieser wurde Jonathan Sieger als neuer

Sprecher auf den offenen Platz gewählt. In einer der kommenden Sitzungen werden wir den noch ausstehenden Frauenplatz nachbesetzen.

Bei dem ersten Treffen wurde von den Teilnehmer*innen ein stärkerer Fokus auf europapolitische Themen gewünscht. Denn Rechtsruck, Flüchtlingskrise oder Klimapolitik erfordern nicht mehr nur nationalstaatliche Lösungen, sondern bedürfen eines gesamt europäischen Ansatzes. In den kommenden Monaten werden wir uns daher verstärkt mit den mannigfaltigen europapolitischen Themen auseinandersetzen, diese diskutieren und hoffentlich Impulse setzen, insbesondere im Kontext des neuen Grundsatzprogramms auf Bundesebene. Die Neuausrichtung bietet eine ideale Möglichkeit diesen Arbeitskreis mitzugestalten. Denn nur mit motivierten



und engagierten Mitgliedern kann der Arbeitskreis ein lebendiges Plenum werden. Alle Interessierten, seien es bekannte oder neue Gesichter, sind herzlich eingeladen, am letzten Donnerstag im Monat um 19:30 Uhr bei uns im Grünen Zentrum am Ebertplatz vorbeizuschauen. Falls ihr vorab Fragen habt oder euch mit einem Thema einbringen wollt, könnt ihr dies gerne unter ak-internationales@gruenekoeln.de jederzeit tun.

Landesdelegiertenkonferenz

Auf der Landesdelegiertenkonferenz am 16. Juni 2018 in Troisdorf wurde ein neuer Landesvorstand gewählt. Mona Neubaur und Felix Banaszak wurden in ihren Ämtern als Sprecher*innen bestätigt.

Neu im geschäftsführenden Landesvorstand sind Raoul Roßbach, der sich als neuer politischer Geschäftsführer um die strategische Ausrichtung des Landesverbandes kümmern wird, und Anja

von Marenholtz, die ab sofort als neue Schatzmeisterin die Finanzen verwaltet. Als Beisitzer*innen wurden Verena Verspohl, Julia Mayer, Robin Wagener und Jan-Niclas Gesenhues gewählt.



Fotorechte: Grüne NRW

Verena Verspohl, Jan-Niclas Gesenhues, Anja von Marenholtz, Felix Banaszak, Mona Neubaur, Julia Mayer, Robin Wagener (v.l.n.r.).

BUCH TIPP



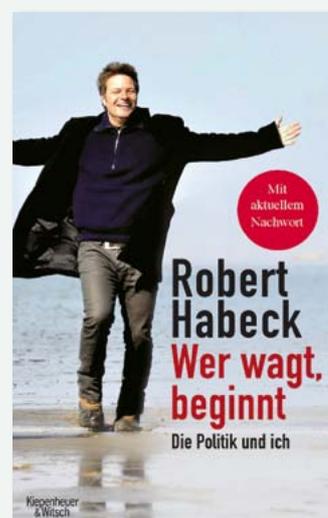
Von Frank Jablonski

Wer wagt, beginnt

Robert Habeck ist Schriftsteller und ein reflektierter Mensch. Das merkt man in seinem Buch „Wer wagt beginnt“ auf jeder Seite, in jedem Satz. Damit unterscheidet sich Habecks Buch wohltuend von den meisten Politiker-Büchern der letzten Jahre. Habeck nimmt die Leser*innen mit auf eine äußerst spannende Reise vom politisch interessierten Jugendlichen, der vor dem Hintergrund der Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl „sein kleines Glück verteidigen“ wollte, bis hin zu dem pragmatischen Umweltminister, dem Kandidaten, der bei der Urwahl nur 75 Stimmen weniger als Cem Özdemir erhielt und den gescheiterten Jamaika-Sondierungen.

„Wer wagt beginnt“ überzeugt durch seine mitreißende, mutige, undogmatische und gleichzeitig selbstkritische Begeisterung für Politik im Allgemeinen und Demokratie im Speziellen. Gerechtigkeit, Umweltschutz oder Minderheitenrechte sind für Habeck keine Floskeln, sondern Anliegen. Hier schreibt einer, der seinen Grünen Kompass behalten hat, oder um es mit seinen Worten zu sagen: „Wir brauchen eine neue Ehrlichkeit, die auch das Grübeln, das Suchen zulässt. Um den Raum aufzusperren, in dem dann wieder Antworten wachsen können.“

Robert Habeck: „Wer wagt, gewinnt – Die Politik und ich“, 336 Seiten, KiWi, Neuauflage 2018, 14,99 Euro



Stadt-  Natur

Lokalzeitgarten in der Flora



Foto: Christiane Wartin

Am Rande des Botanischen Gartens in Köln, hinter dem Felsen mit der alpinen Flora verbirgt sich der Lokalzeitgarten des WDR. Hier wird die „Gartenzeit“ gedreht, eine Fernsehsendung, die Gartentipps und -tricks vermittelt. Doch meist herrscht hier – ganz ohne Kameras und Mikros – pure Idylle. Ein kleines Gewässer plätschert, eine Bank in der Sonne inmitten von Gemüse- und Blumenbeeten. Rosen duften, Kräuter gedeihen üppig im Hochbeet. Nebenan auf der Streuobstwiese stehen eine paar Bienenstöcke. Und wenn man Glück hat, hört man den Grünspecht rufen. Ein echter Geheimtipp für eine entspannte Pause im hektischen Alltag. **Infos: gartenzeit.wdr.de**

Ein Regenbogen für den Hambacher Forst

Von Hans Müller, OV Ehrenfeld

Am 29. April 2018 zum 40. Jahrestag des Widerstandes gegen die Braunkohle im Rheinland, haben GRÜNE für den Erhalt des Hambacher Forstes demonstriert. Der Energiekonzern RWE möchte ihn und seine jahrhundertalten Hainbuchen und Stileichen ab Oktober roden. Gemeinsam mit einem breiten Bündnis von Umweltorganisationen machten auch Kölner GRÜNE sich per Rad auf zum Hambacher Forst. Mit etwa 300 Protestierenden bildeten sie eine Bikeline und ein 100 m langes Regenbogenbanner – als Symbol für den vielfältigen und bunten Widerstand. Mit dabei waren auch die Waldbesetzer*innen, die in Baumhausdörfern im Hambacher Forst leben, um ihn so vor der Rodung zu schützen. Kathrin Henneberger, Kölner GRÜNE und Klimaaktivistin, erklärte in ihrer Rede, warum der Widerstand an diesem Ort besonders wichtig ist: „Das rheinische Braunkohlerevier ist die größte CO₂-Quelle Europas und somit einer der zentralen Orte, wo die Klimakrise gemacht wird. Wir fordern deshalb mit aller Klarheit einen Ausstieg aus der Kohlekraft. Als Bevölkerung übernehmen wir Ver-



Foto: Aktionsbündnis Für Hambacher Forst

antwortung, wo die Bundesregierung versagt. Wir werden den Wald retten und damit das Ende der fossilen Energien einläuten.“ Oliver Krischer, Grüner MdB forderte in seinem Redebeitrag die Verhängung eines „Moratoriums bei den Rodungen“. Es sei widersinnig, in Berlin eine Kommission für das Wie des Ausstiegs zu bilden und gleichzeitig weiter Bäume zu fällen. Die Rodungen im Hambacher Wald sollen laut RWE ab Oktober beginnen. Gleichzeitig sind große Demons-

trationen von Umweltorganisationen geplant, und das Klimabündnis „Ende Gelände“ hat für den 26.-28. Oktober eine Massenaktion des zivilen Ungehorsams von Tausenden jungen Menschen angekündigt. Die Waldbesetzer*innen werden auf den Bäumen ausharren; wer die Besetzer*innen unterstützen möchte, kann dies gerne zum Beispiel mit Sachspenden tun. Die Liste der benötigten Dinge ist auf hambacherforst.org zu finden.

+++ NEWS +++ NEWS +++ NEWS +++

Seit dem 3. Juli 2018 ist unsere Geschäftsführerin **Oona Grünebaum aus der Elternzeit zurück**. Welcome back, liebe Oona! Unterstützt wird sie von Jonathan Sieger, der sie auch schon während ihrer Abwesenheit vertreten hat, und Malin Kundi.



Kleider machen Leute – aber zum Glück noch keine Menschen

Politik und Mode! Eigentlich zwei Entitäten, die für den Autor dieses Artikels miteinander in Verbindung stehen, wie Putin und Uno-Spielen. In einem Satz stehend ruft es erst einmal, gelinde gesagt, Verwirrung hervor. Denkt man an die unbeholfenen Karo-Anzüge von Herrn Dobrindt oder die grüne Hundekrawatte von Herrn Dr. Gauland mit flankierendem Schuppenrevers, kriegt man eine gute Vorstellung davon, wie böse Stiefväter auszusehen haben.

Kleidung ist vielleicht die persönlichste und kleinste Einheit der Statusnahungskette oder mit den Worten der Bestsellerautorin Dr. Jennifer Baumgartner: „You are what you wear“. Der Kleidungsstil kann zwar tages- und situationsabhängig variieren, aber einmal in das Tagestextil gehüllt, lässt es sich nicht mehr so leicht verbergen.

Wenn man den fragwürdigen Lifestyle-Magazinen Glauben schenken mag, die auf den letzten stockenden Metern zur Supermarktkasse „Kauf mich und du bist im Trend!“ insistieren, der wird belehrt, dass Mode etwas über die vermeintlich individuelle und innere Haltung aussagt. Oder frei nach Karl Lagerfeld: „Wer Jogginganzug trägt, hat sich bereits innerlich aufgegeben.“

Wir GRÜNEN sind eine Partei, die traditionell verschiedene Haltungen und Schwerpunkte in sich vereint, quasi ein politischer Vielvölkerstaat mit gut funktionierender Basisdemokratie. Für die eine bedeutet das Parteienengagement in erster Linie, der ökologischen Ausbeutung dieses Planeten entschieden entgegenzutreten, für einen weiteren ist es, echte soziale Gerechtigkeit zu erreichen. Wieder eine andere will vor allem mehr Radwege und ein weiteres Mitglied brennt für alles gleichermaßen und zerbricht.

Die Frage, die sich dem Autor stellt: Findet sich dieser Potpourri aus diversen politischen Haltungen auch in den einzelnen Kleidungsphänotypen wieder? Modestil gleich politische Haltung? Zeit für eine kurze, wie unwissenschaftliche Fallstudie:



Da gibt es beispielsweise die Gruppe des stilistischen Ratatouilles. Der Betrachter wird genötigt auf ein Kauderwelsch an Second-Hand-Kompositionen zu schauen. Anstatt Stimmigkeit setzt der Träger auf den Zufall des morgendlichen Griffs in den Kleiderschrank. Sich anzuziehen ist ein notwendiges Übel. Da konkurriert schon einmal ein ausgewaschenes Gelb mit einem verblichenen Grün um die Wette, getrennt von einem roten Gürtel. „Ampel“ eben. Diese Fahrlässigkeit an „Stil“ suggeriert: Nur der Geist und die politische Position zählt, der Rest ist Hülle!

Das Gegenteil: Die Gruppe, bei der der Bund der Unterhose mit den Socken abgestimmt ist und der Gürtel das schwarze Kunstlederthema wieder subtil aufnimmt. Die Hosenfalte ist barock und in Vollendung hart gebügelt. Prädikat: très chic. In Wahlkampfzeiten kann diese Gruppe die Kolleg*innen der FDP und

CDU schon mal wie labbrige Randererscheinungen aussehen lassen. Kritische Zungen mögen behaupten, diese Gruppe befeuert das bürgerliche Rotwein-Partei-Image.

Dann gibt es die stilistischen Neutren, schwierig einzuordnen. Man weiß beim besten Willen nicht, für was er oder sie stehen könnte, bisschen eine stilistische SPD, ein erloschener Stern. Natürlich fehlen auch die Hipsster bei uns in Köln nicht. „Ich will gesehen werden, ich bin individuell, ich bin progressiv, I bims“ schreit einem der Kleidungsstil dieser Gruppe aggressiv zu. Dass dabei gerne auch mal mit der Währung der Peinlichkeit gezahlt werden muss, wird gerne in Kauf genommen.

Und als traditionsreichste Gruppe gibt es natürlich die „Ökos“. Das Auge riecht förmlich die Naturverbundenheit. Auf den Birkenstocksandalen baut sich ein fair gehandeltes Baumwoll-Sujet auf, bei dem die Prioritäten offensichtlich sind: erst ökologisch, dann stilbewusst.

Aber Kleider machen vielleicht Leute, aber zum Glück noch keine Menschen. Die Erfahrung in Gesprächen, gemeinsamen Arbeitstreffen oder am Wahlkampfstand hat mich gelehrt, dass der Kleidungsstil über politische Positionen und Engagement so viel Substantielles aussagt, wie Schwarz-Weiß-Plakate von Herrn Lindner. Genauso, wie bei der teilweise mühsam geführten Linken-Realo-Debatte, wird eine Kleiderkategorisierung den politischen Standpunkten, dem Engagement und den Taten des einzelnen nicht gerecht. Denn schließlich geht es um Taten, Standpunkte und Inhalte und nicht darum, eine inhaltsleere Hülle darzustellen. Also jeder wie er oder sie will und sich wohlfühlt! Hauptsache wir bleiben als Gemeinschaft unterschiedlich und bunt!

Kreisverband Köln (KV)

✉ Ebertplatz 23 • 50668 Köln
 ☎ Di. 14-16, Do. 11-13 Uhr
 📧 buero@gruenekoeln.de
 🌐 www.gruenekoeln.de

Bank für Sozialwirtschaft
 IBAN: DE62370205000008144300

Geschäftsstelle:

Oona Grünebaum
 📧 oona.gruenebaum@gruenekoeln.de
 ☎ 0221-73298-54

Malin Kundi
 📧 malin.kundi@gruenekoeln.de
 ☎ 0221-97278-55

Kreisschiedsgericht: Franz Dillmann,
 Lisa Löffler, Wiltrud Vogt

Vorstand

E-Mail: vorname.nachname@gruenekoeln.de

Lisa-Marie Friede ☎ 0178-6372145

Frank Jablonski ☎ 01577-1974129

Bärbel Hölzing ☎ 01577-3896639

Regina Kaiser ☎ 0176-70966125

Sandra Schneeloch

Katja Trompeter ☎ 0179-4784667

Stefan Wolters ☎ 0151-21240860

Ortsverbände (OV)

OV 1: Innenstadt/Deutz

Derya Karadag, Regina Kaiser
 📧 derya.karadag@gruenekoeln.de

OV 2: Rodenkirchen

Carolin Ramrath, Robert Schallehn
 📧 ovzwei@gruenekoeln.de

OV 3: Lindenthal

Lili Zinnecker, Stephan Horn
 📧 ov3@gruenekoeln.de

OV 4: Ehrenfeld

Syenja May, Hans Müller
 📧 vorstand@gruene-ehrenfeld.de

OV 5: Nippes

Thomas Eichmüller, Julia Lieb
 📧 nippes@gruenekoeln.de

OV 6: Köln-Nord/Chorweiler

Inan Metinoglu ☎ 0171-155 9123
 📧 ov6@gruenekoeln.de

OV 7: Porz/Poll

Thomas Ehses ☎ 0163-1737761
 📧 ov7@gruenekoeln.de

OV 8: Kalk

Noura El Ousrouti
 📧 kalk@gruenekoeln.de

OV 9: Mülheim

Roland Schwarz
 📧 ov9@gruenekoeln.de

Bezirksvertretungsfractionen

BV 1: Innenstadt/Deutz

Antje Kosubek
 📧 Antje.Kosubek@stadt-koeln.de
 Marc Kersten
 📧 marc.kersten@gruenekoeln.de

BV 2: Rodenkirchen

Manfred Giesen
 📧 manfred.giesen@stadt-koeln.de

BV 3: Lindenthal/Sülz

Claudia Pintl 📧 bv3@gruenekoeln.de

BV 4: Ehrenfeld

Christiane Martin 📧 chr_martin@gmx.de

BV 5: Nippes

Helmut Metten 📧 hmetten@yahoo.de

BV 6: Köln-Nord/Chorweiler

Wolfgang Kleinjans
 📧 wolfgang.kleinjans@stadt-koeln.de

BV 7: Porz/Poll

Dieter Redlin 📧 dieter.redlin@stadt-koeln.de

BV 8: Kalk

Daniel Bauer-Dahm
 📧 daniel.bauer-dahm@stadt-koeln.de

BV 9: Mülheim

Winfried Seldschopf 📧 winfried@seldschopf.de

Partei Arbeitskreise

Bürger*innen-Stadt

Djeter Schöffmann ☎ 0176-2492118
 📧 ak-buergerinnen@gruenekoeln.de

Demokratie und Recht

Marc Kersten, Carolin Ramrath
 📧 ak-demokratie-und-recht@gruenekoeln.de

Digitales

Stephanie Bethmann, Björn Troll,
 Simon Scheithauer
 📧 ak-digitales@gruenekoeln.de

Frauen- und Mädchenpolitik

Manuela Grube
 📧 manuela.grube@stadt-koeln.de

Gegen Rechts

Silke Braunroth, Willi Harz
 📧 ak-gegenrechts@gruenekoeln.de

Grüne Alte

Frank Hauser ☎ 0170-3281076
 📧 hauser@hauserfrank.de

Internationales

Jonathan Sieger
 📧 ak-internationales@gruenekoeln.de

Konsum

Leonie Routil, Sabrina Kuske,
 Roland Schwarz
 📧 ak-konsum@gruenekoeln.de

Migration

Dr. Massoud Vahedi
 📧 ak-migration@gruenekoeln.de

Mobilität

Sabine Müller, Deniz Ertin, Manfred Waddey
 📧 ak-mobilitaet@gruenekoeln.de

Ökologie

Denise Abé, Björn Maßheimer
 📧 ak-oekologie@gruenekoeln.de

Queer

Elke Hausner, Michael Sterner,
 Alexander von Auw
 📧 ak-queer@gruenekoeln.de

Soziales

Marc Kersten, Roland Schwarz,
 Eileen Woestmann
 ak-soziales@gruenekoeln.de

Wirtschaft

Sandra Schneeloch, Philipp Kreuter,
 Patrick Kopschke
 📧 ak-wirtschaft@gruenekoeln.de

GRÜNE JUGEND

🌐 www.gruene-jugend-koeln.de

Ratsfraktion

✉ Grüne Fraktion, Rathausplatz,
 Spanischer Bau, 50667 Köln
 ☎ Mo.-Fr. 9-12, Mo., Di., Do. 13-16 Uhr,
 Mi. 13-18 Uhr, ☎ 0221-221-25919
 📧 gruene-fraktion@stadt-koeln.de
 ☎ jeden Mi. 19.00 Uhr, Spanischer Bau
 („Mittwochskreis“)

Fraktionsarbeitskreise

Anregungen und Beschwerden

Birgitt Killersreiter
 📧 Birgitt.Killersreiter@stadt-koeln.de

Bauen und Gebäudewirtschaft

Gerd Brust 📧 g.brust@netcologne.de

Finanzen

Jörg Frank 📧 joerg.frank@stadt-koeln.de

Frauen- und Mädchenpolitik

Luisa Schwab 📧 Luisa.Schwab@stadt-koeln.de

Gesundheit

Ralf Unna 📧 unna@holland-unna.de

Integrationsrat

Firat Yurtever 📧 fyurtever@gmx.de

Jugendhilfe

Ulrike Kessing 📧 ulrike@kessing.org

Kunst und Kultur

Brigitta von Bülow 📧 buelow@netcologne.de

Liegenschaften

S. Pakulat 📧 sabine.pakulat@gruenekoeln.de

Rechnungsprüfung

Hans Schwanitz
 📧 hans.schwanitz@gruenekoeln.de

Schule und Bildung

Horst Thelen 📧 horst.thelen@arcor.de

Soziales

Marion Heuser 📧 marion@heuser-cologne.de

Sport

E. Thelen 📧 elisabeth.thelen@stadt-koeln.de

Stadtentwicklung

Kirsten Jahn 📧 kirstenjahn@gmx.net

Umwelt

Gerd Brust 📧 g.brust@netcologne.de

Verkehr

Lino Hammer 📧 lino.hammer@googlemail.com

Verwaltung

Manfred Richter 📧 mrichter@netcologne.de

Wirtschaft

Jörg Frank 📧 joerg.frank@stadt-koeln.de

Bürgermeister Andreas Wolter

✉ Historisches Rathaus • 50667 Köln
 ☎ 0221-221-26062
 📧 andreas.wolter@stadt-koeln.de

Bundesverband

✉ Platz vor dem Neuen Tor 1 • 10115 Berlin
 ☎ 030-28 442-0 📠 030-28 442-210
 📧 info@gruene.de www.gruene.de

Bundestagsfraktion

✉ Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
 ☎ 030-227-55518 📠 030-227-56552
 🌐 www.gruene.de

Regional- und Wahlkreisbüros

✉ Ebertplatz 23 • 50668 Köln

Sven Lehmann

📧 sven.lehmann.wk@bundestag.de
 Frank Jablonski ☎ 0221-20055625

Katharina Dröge

📧 katharina.droege.ma03@bundestag.de
 Judith Hasselmann ☎ 0221-7220369

Landesverband NRW

✉ Oststraße 41-43 • 40211 Düsseldorf
 ☎ 0211-38666-0 📠 0211-38666-99
 📧 info@gruene-nrw.de 🌐 www.gruene-nrw.de

Landtagsfraktion NRW

✉ Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf
 ☎ 0211-8842860 📠 0211-8842870
 📧 gruene@landtag.nrw.de
 🌐 www.gruene.landtag.nrw.de

Berivan Aymaz

📧 berivan.aymaz@landtag.nrw.de
 ☎ 0211-884-2424/2579

Arndt Klocke

📧 arndt.klocke@landtag.nrw.de
 Wahlkreisbüro: Deniz Ertin
 Ebertplatz 23, 50668 Köln ☎ 0221-9727850
 📧 deniz.ertin@gruenekoeln.de

Fraktion im Landschaftsverband Rheinland

Geschäftsführer: Ralf Klemm
 ☎ 0221-8093369 📧 ralf.klemm@lvr.de

Fraktion im Regionalrat Köln

Geschäftsführerin: Antje Schäfer-Hendricks
 ☎ 0221-9912266
 📧 info@gruene-regionalrat-koeln.de

Erläuterungen:
 ☎ Öffnungszeiten, ☉ Treffen, ✉ Postanschrift,
 ☎ Telefon, 📠 Fax, ✉ E-Mail, 🌐 Homepage

In den Schulferien, an Feiertagen und bei besonderen Anlässen können die jeweiligen Treffen ausfallen. Deshalb empfiehlt es sich immer, bei den Ansprechpersonen nachzufragen.

Alle Treffen sind grundsätzlich öffentlich, können also von jedem und jeder Interessierten besucht werden.

TERMINKALENDER

Arbeitskreise, Mitgliederversammlungen, Treffs, Veranstaltungen, Wahlen ...

Fr 6.– So 8. Juli	CSD – Straßenfest und Parade, Innenstadt Köln, ganztägig 	Do 26. Juli	AK-Internationales und Europapolitik, Grünes Zentrum, 19:30
Sa 7. Juli	11. Grüner Lesbenempfang, Consilium am Rathaus – Rathausplatz 1, 50667 Köln, 11 Uhr (women* only)	Mi 1. August	Aktiventreffen GRÜNE JUGEND, Grünes Zentrum, 19:00
Mo 9. Juli	AK Gegen Rechtspopulismus, Grünes Zentrum, 19:00	Di 7. August	AK Wirtschaftspolitik, Grünes Zentrum, 19:30
	Kreisvorstandssitzung, Grünes Zentrum, 20:00	Mo 13. August	AK Gegen Rechtspopulismus, Grünes Zentrum, 19:00
Di 10. Juli	AK Bürger*innen-Stadt, Grünes Zentrum, 19:30	Di 14. August	AK Konsum, Grünes Zentrum, 19:30
	AK Konsum, Grünes Zentrum, 19:30	Do 16. August	AK Ökologie, Grünes Zentrum, 19:30
Mi 11. Juli	Aktiven Treffen GRÜNE JUGEND, Grünes Zentrum, 19:00	Mo 20. August	AK Digitales, Grünes Zentrum, 19:30
Do 12. Juli	AK Mobilität, Grünes Zentrum, 18:30		Kreisvorstandssitzung, Grünes Zentrum, 20:00
Mo 15. Juli	AK Digitales, Grünes Zentrum, 19:30	Fr 24.–So 26. August	GRÜNE JUGEND NRW Treffen, Grünes Zentrum, ganztägig
Di 16. Juli	AK Queer, Grünes Zentrum, 19:30	Fr 31. August	Spätsommer Grün, Alte Feuerwache
Mi 18. Juli	Wer wir sind und was wir wollen: Infoabend, Grünes Zentrum, 20:00	Di 4. Sept.	AK Bürger*innen-Stadt, Grünes Zentrum, 19:30
Do 19. Juli	Personalentwicklungskommission, Grünes Zentrum, 20:00	Mi 5. Sept.	Aktiventreffen GRÜNE JUGEND, Grünes Zentrum, 19:00
Di 24. Juli	AK-Soziales, Grünes Zentrum, 19:00	Do 13. Sept.	Kennenlernen/Get-Together des Kölner Kreisverbandes, Grünes Zentrum, 20:00
Mi 25. Juli	AK Grüne Alte: Austausch über aktuelle Themen beim 2. Frühstück, Grünes Zentrum, 10:30		

Alle Termine findet ihr auch auf unserer Website
www.gruenekoeln.de im Terminkalender.